A4 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Schützen, was uns am Leben erhält: Umwelt- und Klimaschutz)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Naturschutz

In den bundesweit einmaligen Natura-2000-Stationen wird Naturschutz in Thüringen erlebbar und erfahrbar. Über fast ein Fünftel der Landesfläche Thüringens erstreckt sich das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 zur Sicherung der Lebensräume seltener Tiere und Pflanzen. Um die 212 Flora-Fauna-Habitat-Gebiete und 35 punkthaften FFH-Objekte sowie 44 Vogelschutzgebiete besser zu schützen, wurden bis Ende 2018 insgesamt zwölf Natura-2000-Stationen eingerichtet. Gemeinsam getragen von gemeinnützigen Vereinen und Verbänden, ist es ihre Aufgabe, die Lebensräume und Arten des europäischen Schutzgebietsnetzes in Thüringen zu sichern. Diese Vereine und Verbände sind die Kümmerer vor Ort, die am besten wissen, wie man Naturschutz gemeinsam mit den Menschen in der Region umsetzt. Die Stationen werden durch das Umweltministerium mit mehr als drei Million Euro jährlich finanziert. Hinzu kommt das Kompetenzzentrum, das die Arbeit der Natura-2000-Stationen begleitet und die Träger bei der Umsetzung von Naturschutzprojekten oder durch Qualifizierungsangebote unterstützt. Mit der Novelle des Thüringer Naturschutzgesetzes sichern wir die Natura-2000-Stationen dauerhaft. Wir werden die Stationen und die dahinter stehende Trägerstruktur auch in den kommenden Jahren finanziell unterstützen und die Teams ausbauen. Das schließt das Kompetenzzentrum mit ein.

Befristete Arbeitsverhältnisse wollen wir durch langfristige berufliche Perspektiven ersetzen und so auch im Naturschutz gesicherte Arbeitsplätze ermöglichen. So kann die Fluktuation verringert und nachhaltiges Wissensmanagement ermöglicht werden. Eine gestärkte Personalausstattung in Form von mind. 4 Vollzeitäquivalenten pro Station ist aus unserer Sicht notwendig, um eine intensivere Betreuung der Gebiete zu ermöglichen. Den Stationen müssen Außenstationen finanziert werden, um die Fläche besser erfassen zu können und lokal vernetzt zu sein. Außerdem machen wir uns für ein Maßnahmen-Budget stark, das jede Natura2000-Station jährlich erhält und das den hohen bürokratischen Aufwand auf ein angemessenes Maß reduziert.

Die Stationen sind nichts ohne die Schutzgebiete mit ihrer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt. Ihr Erhalt erfordert Managementpläne, die bisher von externen Dienstleistern erarbeitet und weiterentwickelt werden. Wir werden prüfen, ob sich diese Aufgabe zukünftig an die Träger der Natura-2000-Stationen übertragen lässt. Um die Schutzgebiete selbst dauerhaft naturschutzrechtlich zu sichern, setzen wir uns für eine sukzessive Ausweisung als Naturschutzgebiete ein. Viele der wertvollen Naturschutzflächen in unserem Land sind durch jahrelange traditionelle Landwirtschaft entstanden, zum Beispiel durch das Beweiden mit Schafen. Um sie zu erhalten, müssen diese Formen der Kulturlandschaftspflege fortgesetzt werden. Wir setzen uns daher auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass dies durch die Agrarförderung deutlich besser unterstützt wird.

Und noch eine europäische Besonderheit konnten wir realisieren. Der Thüringer Teil des Grünen Bandeswurde am 9. November 2018, also 29 Jahre nach der friedlichen Revolution, zum Nationalen Naturmonument erklärt. Über eine Länge

von 763 Kilometern erstreckt sich dieser Grüngürtel auf dem „Schutzstreifen“ entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Über Jahrzehnte kaum einem menschlichen Einfluss ausgesetzt, entwickelte sich hier ein einzigartiger Rückzugsraum für vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen. Das Grüne Band in Deutschland reicht von Travemünde bis zum ehemaligen Dreiländereck bei Hof und durchzieht geologisch sehr abwechslungsreiche Landschaftsräume, hier finden sich bedeutsame Kalkhalbtrockenrasen, nährstoffarmes Flachland, Mähwiesen, Zwergstrauchheiden, kulturhistorisch bedeutsame Mittelwälder, Feucht- und Nassgrünland mit strukturreichen Fließgewässern sowie naturnahe Teiche und Moore. Die Ausweisung als Nationales Naturmonument bietet die Chance, Geschichte und Natur in ihrer Verbundenheit zu bewahren. Deshalb wollen wir ein bundesweites „Grünes-Band-Zentrum“ als touristische Attraktion nach Thüringen holen. Hier soll die Besonderheit dieses Verbundes aus Naturschutz und Erinnerungskultur sichtbar und erlebbar gemacht werden. Von hier aus wollen wir mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt andere Länder ermutigen, den ehemaligen Todesstreifen nach dem Vorbild Thüringens zur Lebenslinie zu entwickeln.

Ganz im Norden Thüringens befindet sich ein weiterer Naturschatz, das größte Gipskarstgebiet Mitteleuropas mit seinen Orchideen-Buchenwäldern und Gipsfelsen. Wir wollen dieses Juwel schützen und ein Biosphärenreservat Südharz ausweisen. Mit einem moderierten Diskussionsprozess mit den Bürger*innen in den Landkreisen Nordhausen und Kyffhäuserkreis haben wir in dieser Legislatur dafür den Startschuss gegeben. Das Konzept für eine dritte Biosphärenregion in Thüringen liegt nun vor. Wir werden diesen Prozess mit dem Ziel fortsetzen, eine Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat zu erhalten, um die weltweit einmaligen Karst-Lebensäume zu schützen. Das geht nur mit breiter Unterstützung vor Ort. Deshalb werden wir mit der Gipsindustrie einen Dialog zum Ausstieg aus dem Naturgipsabbau starten, den begonnenen Moderationsprozess mit Kommunen und Bürger*innen fortsetzen und Finanzmittel für die touristische Regionalentwicklung bereitstellen.

Nur wer die Natur kennt und schätzt, kann sie schützen. Wir wollen Umweltbildung stark machen. Dazu gehört mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit mit einer klaren, ressortübergreifenden Landesstrategie und einem Förderprogramm im Umweltministerium ebenso wie mit Ansprechpartner*innen vor Ort. Deshalb wollen wir in jeder der acht Nationalen Naturlandschaften Umweltbildungsstellen ins Leben rufen, die dauerhaft finanziert unsere Naturschätze erlebbar machen.

Wir werben dafür, weitere Naturschutzgroßprojekte ins Leben zu rufen, um unser Naturerbe zu schützen, zu bewahren und zu entwickeln. Das sind Vorhaben, die weit über unsere Umgebung hinaus Einfluss auf das Ökosystem haben. In der Rhön zum Beispiel herrschte über Jahrhunderte die Haltung von Hüteschafen vor, Schäfer*innen zogen mit ihrer Herde von Weidefläche zu Weidefläche. Dies begünstigt eine einzigartige Vegetation auf den Weiden, die Hutungen genannt werden. Der Erhalt dieser einzigartigen Kulturlandschaft ist das Ziel des Projekts „Thüringer Rhönhutungen“, das vom Umweltministerium unterstützt wurde. Wir wollen neue Naturschutzgroßprojekte initiieren, mitfinanzieren und bereits erfolgreich durchgeführte Projekte in ihrer Folgearbeit unterstützen. Bei Bundesprojekten wollen wir die Träger bei der Finanzierung des Eigenanteils unterstützen. Bestehende Großschutzprojekte, angefangen beim Biosphärenreservat

Thüringer Wald, wollen wir weiter stärken und ihren Erhalt auskömmlich finanzieren.

Wir BÜNDNISGRÜNE halten Wort: Die Landesregierung hat fünf Prozent des Waldes in Thüringen dauerhaft der forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen, dazu gehören großflächige Gebiete mit 1.000 Hektar im Possen. Leider gibt es weltweit nur noch wenig intakte Waldwildnis. Wo die Säge ruht, die Bäume sehr alt werden und nach dem Absterben langsam verrotten, entstehen neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Die Thüringer*innen können sich auf mehr Waldwildnis im Land freuen, denn hier wird Wald in seiner urwüchsigen Schönheit erlebbar. Die Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktionen des Waldes sind für uns gleichrangig. Die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ des Bundes sieht vor, zwei Prozent der gesamten Landesfläche zu Wildnisgebieten zu entwickeln. Das ist die nächste Chance für unsere Natur und gleichsam Naturkapital für unsere Kinder. Ein Programm zur langfristigen und ökologischen Waldentwicklung werden wir zusätzlich entwickeln. Wir wollen das Waldgesetz ökologischer machen und dem Naturschutz mehr Raum geben. Kommunen wollen wir dabei unterstützen, ihre Wälder naturnah zu bewirtschaften. Wir verkaufen unseren kostbaren Wald nicht, sondern sorgen dafür, dass die Waldflächen im Besitz des Landesforstes in öffentlichem Eigentum verbleiben.

Lebensräume erhalten

Stellen Sie sich vor, Ihr Haus wäre an allen Seiten von Autobahnen und Wasserstraßen umgeben. Der Besuch beim Nachbarn stünde vor unüberwindlichen Hindernissen. So ähnlich geht es den Pflanzen und Tieren. Ihre Lebensräume werden zerschnitten, Inseln entstehen, Austausch kann nicht mehr stattfinden. Nicht nur Straßen und Siedlungen bilden Barrieren, auch großflächig genutzte Agrarflächen mit geringer Artenvielfalt gehören dazu. Die Vereinzelung der Biotope gehört zu den größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt. Deshalb ist im Bundesnaturschutzgesetz der Biotopverbund als „grüne Infrastruktur“verankert. Wir BÜNDNISGRÜNE werden für Thüringen einen Biotopverbundplan erstellen, der eine Mindestgröße und -dichte von zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen Verbindungselementen festlegt. Der Biotopplan soll rechtsverbindlicher Bestandteil in allen Raumplanungsebenen und seine finanzielle Umsetzung im Landeshaushalt verankert werden.

Große Tiere haben es in unserer Kulturlandschaft oft schwer und gehören dennoch dazu. Manche von ihnen sind nach Dekaden der Vertreibung und Ausrottung erst jüngst wieder in heimische Regionen zurückgekehrt. Manchmal kommt es zu Konflikten mit Menschen. Hier können wir von Ländern lernen, in denen diese Tiere noch ganz selbstverständlich zur Fauna dazugehören. Der Wolf hat eine Daseinsberechtigung auch in Thüringen. Wir haben in der Landesregierung einen Wolfsmanagementplan aufgelegt und verschiedene Fördermaßnahmen für den Schutz von Schafen und Entschädigungsregelungen für Schäfer*innen entwickelt, die wir weiterentwickeln wollen. Auch beim Biber brauchen wir Managementpläne, da Biber ihre eigenen Lebensräume gestalten, Bäume fällen und Gewässer stauen. Für großräumig wandernde Tiere wie Luchse oder Wildkatzen stellen unsere Straßen starke Begrenzungen ihrer Lebensräume dar. Mit Grünbrücken und ähnlichen Hilfsmaßnahmen wollen wir dem entgegenwirken und uns außerdem für die gezielte Überwachung und Förderung gefährdeter Arten einsetzen. Grünland in Waldnähe sollte gerade im Hinblick auf die gewollte Naturverjüngung im Wald weniger intensiv genutzt werden, damit Rot- und Rehwild außerhalb des Waldes genügend

Äsungsflächen findet und damit der Verbiss von Jungpflanzen im Wald verringert wird. Zur Land-schaftspfl ege wollen wir Projekte fördern, damit Stalltiere auf die Weide kommen.

Auch in unseren Städten grünt und blüht, summt und brummt es. Tiere und Pflanzen haben als unsere Nachbarn ihre ganz speziellen Biotope in der Stadt gefunden. Wir machen uns dafür stark, dass diese geschützt und gestärkt werden. Jeder Baum in der Stadt ist ein freundlicher Nachbar, der Schatten spendet, Feinstaub aus der Luft filtert und Lebensraum für Vögel und Insekten bietet. Der Erhalt und, wo nötig, Ersatz der Stadtbäume gehören für uns genauso zur Lebensqualität in der Stadt wie die Renaturierung von Bächen und Flüssen in Siedlungsgebieten und die Begrünung von Fassaden. Wir werden Kommunen dabei unterstützen, vom Förderschwerpunkt Stadtnatur im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt zu profitieren. Damit stärken wir die Entwicklung kommunaler Biodiversitäts- und Freiraumstrategien, die naturnahe Gestaltung und Unterhaltung von Grünflächen sowie deren Vernetzung untereinander und mit dem Umland. Im Zentrum des Programms stehen die Erhaltung von Lebensräumen für stadttypische und gefährdete Tier- und Pflanzenarten, insektenfreundliche Stadtbegrünung, Wildblumenwiesen, die Renaturierung von Brachflächen, die Aktivierung neuer Flächenpotenziale durch Gewässerrenaturierung sowie die Schaffung grüner Straßenräume und „lebendiger“ Gebäude. Wir setzen uns weiter für die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen, grünen Klassenzimmern sowie naturnahen Schulhöfen und Außengeländen von Kindergärten ein. Landesweit werden wir das stark nachgefragte und etablierte Förderprogramm „Entwicklung Natur und Landschaft“ (ENL) deshalb um den Förderbestand der Umweltbildung erweitern und jährlich weiter finanziell um eine Million Euro aufstocken.

Wir BÜNDNISGRÜNE werden auch weiterhin die unteren Naturschutzbehörden, den ehrenamtlichen Naturschutz und die Naturschutzbelange insgesamt stärken.In Regierungsverantwortung haben wir eine deutliche Erhöhung der landeseigenen Naturschutzmittel durchgesetzt, bis 2020 wurden 25 Millionen Euro bereitgestellt und spezielle Programme zur Förderung der Landschaftspflege aufgesetzt.Um den Umwelt- und Naturschutz weiter zu stärken, wollen wir bis 2025 100 Stellen in der Umweltverwaltung schaffen.Ohne solide Finanzierung und einen Stellenaufwuchs in der Umweltverwaltung ist wirkungsvoller Naturschutz nicht möglich. Wir befürworten die Kofinanzierung von EU-Programmen wie den Ausbau des Naturschutz- und Landschaftspflegeprogramms (NALAP) zur Förderung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Landeseigene Förderprogramme sollen stärker auf naturschutz- und artenschutzfreundliche Durchführung fokussiert werden.

Sauberes Wasser

Auf über 15.000 Kilometer Länge ziehen sich Flüsse wie Adern durch unser Land. Zusammen mit Seen, Auen, Sumpfgebieten und Mooren bilden sie den Lebensraum für eine atemberaubende Vielfalt von Tieren und Pflanzen. Wasser ist die Grundlage allen Lebens und unser wichtigstes Lebensmittel. Ziel einer nachhaltigen Wasserwirtschaft ist deshalb der Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Wir brauchen daher ein Trink- und Brauchwassermanagement, das auf längere Trockenphasen wie auch Starkregenereignisse ausgerichtet ist. Deshalb standen saubere und artenreiche Gewässer im Zentrum der Novelle des Thüringer Wassergesetzes, die wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben. Mit zwei im Jahr 2016 gestarteten Landesprogrammen in Höhe von 500 Millionen Euro

haben wir in Thüringen neue Schwerpunkte beim Hochwasser- und Gewässerschutz gesetzt. Mit einer Vielzahl von Projekten sollen Gewässer wieder besser als Lebensraum für heimische Pflanzen und Tiere dienen, Flüsse mehr Raum erhalten oder durch grüne Randstreifen die Nährstoffeinträge in Gewässer durch die Landwirtschaft reduziert werden. Und vor allem werden diese Projekte unter Einbeziehung der Bürger*innen vor Ort realisiert. Der Hochwasserschutz wird weiter gestärkt, zusätzlich zu den bestehenden Schutzgebieten werden entlang weiterer 800 Kilometer Gewässer neue Überschwemmungsgebiete ausgewiesen. Beide Programme werden wir fortschreiben. Die ökologische Komponente des Hochwasserschutzes wird dabei weiter gestärkt. Statt Flüsse weiter mit Beton einzuhegen, wollen wir ihnen mehr Raum geben und Dynamik ermöglichen. Wir werden die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen in den Blick nehmen, um dynamische Lebensräume, wie sie viele Arten benötigen, wieder zu herzustellen. Mit einem Auenschutzprogramm sollen die Umwandlung von Acker in Grünland für Retentionsflächen befördert und Grundstückseigentümer entschädigt werden. Aktiver Hochwasserschutz in Städten wird auch erreicht durch Flächenentsiegelung, Regenwasserrückhaltung/-speicherung und Dachbegrünungen. Das entlastet darüber hinaus die Regenwasser-und Abwasserkanäle.

Die letzten Hitzesommer und Trockenjahre haben uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, auf genügend Wasserreserven zurückgreifen zu können. Wir werden deshalb ein Wasserverfügbarkeitskonzept (oder Wasserversorgungskonzept) erarbeiten, um noch besser als bisher auf Perioden mit langer Trockenheit reagieren zu können. Der Erhalt und die Sanierung von sogenannten herrenlosen Speichern soll dabei ein wichtige Rolle spielen. Hierzu werden wir ein Landesprogramm ins Leben rufen. Einem drohenden Wassermangel muss durch eine konsequente KIimaschutzpolitik vorgebeugt werden.

Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware. Eine Privatisierung der Wasserwirtschaft ist mit uns BÜNDNISGRÜNEN nicht zu machen. Stattdessen wollen wir Wasser für alle in guter Qualität und Menge. Dafür werden wir das Thüringer Wassergesetz konsequent umsetzen. Denn gute Qualität und die benötigte Menge sind nicht immer gegeben. Nitrateinträge, insbesondere aus der Landwirtschaft, belasten unsere Gewässer und der Pegel des Grundwassers erholt sich in manchen Regionen aufgrund von Dürre und hoher Entnahme nicht in ausreichendem Maße. Wir wollen die Düngeverordnung ändern und mittels Förderprogrammen die Nutzung von Nitrat und Phosphat in der Landwirtschaft reduzieren. Eine leistungsfähige Abwasserentsorgung ist Voraussetzung für eine gesunde Infrastruktur. Darüber hinaus ist sie erforderlich, um in den Gewässern ein hohes Güteniveau zu erhalten oder wieder herzustellen. Generelle Zielsetzung der Abwasserentsorgung ist es, Böden und Gewässer vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen sowie deren Nutzung und die dortigen Lebensgemeinschaften möglichst nicht zu beeinträchtigen. Um die Einleitung illegaler Abwässer zu unterbinden, werden wir Gewässerschauen einführen. Die unter grüner Initiative neu gegründeten Gewässerunterhaltungsverbände wollen wir konsequent auf die europäische Wasserrahmenrichtlinie verpflichten. Den Erhalt eines ökologisch guten Zustands und die Revitalisierung der Auen werden wir finanziell unterstützen. Auch bei der Abwasserreinigung gibt es noch etwas zu tun, der Anschlussgrad an Kläranlangen muss weiter steigen. Den mit dem Gemeinde- und Städtebund ausgehandelten Abwasserpakt wollen wir fortführen. Die Struktur der Zweckverbände muss verschlankt werden. Daher wollen wir einen Wasserverbandstag

nach niedersächsischem Vorbild einführen und in einen Dialog mit den Kommunen über eine Reform der Abwasserzweckverbände eintreten.

Eine der größten Umweltbelastungen unserer Flüsse ist das Salz aus dem Kalibergbau in Werra und Weser. Aber wir haben in den vergangenen Jahren einige Fortschritte gemacht. Unter dem Vorsitz Thüringens haben sich die Anrainerländer der Werra und Weser im März 2016 auf konkrete Ziele und Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung verständigt. Bis zum Jahr 2027 soll der von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderte ökologische Gewässerzustand in der Weser erreicht werden. In der durch den Kalibergbau hoch belasteten Werra soll die Salzkonzentration halbiert werden. Zum Schutz des Grundwassers wird die bislang praktizierte Versenkung von Reststoffen unter Tage beendet. Dieser durch das grüne Umweltministerium vorangetriebene „Masterplan Salzreduzierung“ muss in den kommenden Jahren konsequent in die Tat umgesetzt werden. Wir fordern einen Stopp der Aufhaldung des Abraums und die Rückverbringung von Salzabwässern unter Tage.

Auch der Altlastenfall um die ehemalige Teerfabrik in Rositz/Schelditz und das belastete Grundwasser ist gelöst. Thüringen und der Bund werden das schadstoffbelastete Gebiet um die Talstraße gemeinsam sanieren und investieren insgesamt 13 Millionen Euro. Die Einigung sieht den Ankauf nicht mehr nutzbarer Gebäude bzw. der Grundstücke im Ortsteil Schelditz durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen vor. Das ermöglicht den Betroffenen, deren Häuser nicht mehr nutzbar sind, einen Neustart ohne Schadstoff- und Geruchsbelastung an einem anderen Ort. Wir werden die konsequente Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen begleiten.

Schutz der Böden

In und auf unseren Böden kreucht, fleucht, krabbelt und wimmelt es. Sie sind voller Leben, bevölkert von kleinen und Kleinstlebewesen, die den Nährstoffreichtum der Böden erhalten. Oder besser: So sollte es sein. Denn immer mehr Flächen werden zubetoniert. Zudem belastet die Landwirtschaft die Böden durch Überdüngung und Pestizideinsatz, verdichtet sie und trocknet sie aus. Wir wollen deshalb den Einsatz von Pestiziden in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch im Privatgebrauch soweit es geht minimieren, denn sie sind Gift, insbesondere für Insekten und Bienen. Deshalb stehen wir BÜNDNISGRÜNE für eine ökologische, nachhaltige Landwirtschaft, die Käfer, Würmer, Larven und Mikroorganismen schützt.

Wir wollen dem fortlaufendem Flächenverbrauch konsequent entgegenwirken. Aber bei der Beseitigung alter Brachen sind umfangreiche Erkundungen und Probenahmen erforderlich, um Altlasten oder Kontaminationen zu erkunden. Baustoffe und belastete Böden müssen entsorgt werden. Die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete ist für Kommunen deshalb oft einfacher, günstiger und schneller als die Nutzung vorhandener Siedlungsflächen. Eine Folge dieser Siedlungspolitik ist auch die Verarmung von Ortskernen. Ein lebendiger Kern ist für Lebensqualität und Attraktivität eines Ortes ein wesentlicher Gradmesser. Lebendige und besiedelte Zentren sorgen für kurze Wege und tragen der demografischen Alterung der Gesellschaft vorausschauend Rechnung. Wir streben deshalb das Null-Hektar-Ziel in Thüringen an, um unsere wertvollen Böden vor weiterer Versiegelung zu bewahren. Neue Flächen sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sie anderswo freigegeben werden, zum Beispiel durch die Beseitigung alter

Industriebrachen. Dadurch wird die weitere Zerstörung unserer Landschaft eingedämmt und unsere Ortskerne erhalten neues Leben.

Wir werden die Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und die vorhandenen Förderprogramme in Stadt und Land um eine bessere Unterstützung bei der Entsiegelung von Flächen ergänzen. Eine Genehmigung zur baulichen Nutzung von Freiflächen soll perspektivisch nur noch dann erteilt werden, wenn nachweislich keine andere Möglichkeit in Betracht kommt.

Dem unerkannten Erwerb von Boden durch den Aufkauf landwirtschaftlicher Betriebe (share deals), auch bekannt als Landgrabbing, werden wir entschlossen entgegentreten. Es gilt, die Agrarstruktur Thüringens vor dem um sich greifenden Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investor*innen zu schützen.

Luft und Lärm

Frische Luft draußen im Wald ist Entspannung pur. Z Verkehrsbedingte Schadstoffe wie Stickoxide und Feinstaub vergiften unsere Atemluft und gefährden in erheblichem Maße die Gesundheit der Menschen. Kinder, ältere Menschen und Personen mit Vorerkrankungen der Atemwege sind besonders betroffen. Während die Atemluft in den 1990er-Jahren zunächst deutlich besser geworden ist, nimmt die Qualität in den letzten Jahren wieder ab. Ursache sind vor allem Autoabgase, insbesondere durch Dieselfahrzeuge, die infolge millionenfacher Manipulationen der Autoindustrie mehr Schadstoffe ausstoßen als gesetzlich zugelassen. Die Geschädigten sind wir alle. Nachrüstung der betroffenen Fahrzeuge auf Kosten der Industrie ist unsere grüne Forderung in der Bundespolitik. Aber auch hier im Land werden wir konsequent für bessere Luft sorgen. Im Mittelpunkt steht eine Verkehrspolitik für morgen und für Jung und Alt: eine vernetzte Mobilität, deren ökologischer Fußabdruck im gesamten Lebenszyklus möglichst „null" ist, bessere Förderung von Schiene, öffentlichem Nahverkehr, Radfahren und Zufußgehen. Mit Kindern und Senior*innen haben wir die Schwächsten im Verkehr immer im Blick. Mit der Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne tragen wir dazu bei, dass die gesetzlichen Grenzwerte in ganz Thüringen eingehalten werden. Für Baumaschinen in Siedlungsgebieten sollen Feinstaubfilter zur Pflicht werden.

Eine andere Verkehrspolitik ist auch ein wirkungsvoller Schutz gegen Lärm. Innerorts können Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nacht sowie Fahreinschränkungen für Lkw helfen. In belasteten Gebieten darf Lärmschutz nicht erst beim Neubau von Straßen greifen, sondern muss auch im Bestand eine größere Rolle spielen.

Abfallvermeidung

Abfälle sind Rohstoffe. Deshalb wollen wir kommunale und unternehmerische Strategien zur Kreislaufwirtschaft und Rohstoffrückgewinnung unterstützen, zum Beispiel wenn Kommunen bei öffentlichen Veranstaltungen und im Alltag auf Mehrweggeschirr und die Einführung von Pfandsystemen setzen. Weil die öffentliche Hand eine Vorbildwirkung hat, werden wir das Beschaffungswesen aller Landeseinrichtungen darauf ausrichten, nachhaltige Produkte einzusetzen, angefangen bei der Dämmung öffentlicher Bauten bis hin zur Beschaffung von Büromaterial.

Deutschlands Plastikverbrauch steht in Europa an der Spitze, die Meere sind weltweit durch Kunststoffe belastet. Selbst in unseren heimischen Gewässern ist Mikroplastik nachweisbar. Wir finden es in Kosmetika, es entsteht durch Abrieb

beim Waschen von Kunstfaserkleidung oder im Straßenverkehr und gelangt über das Wasser in die Nahrungskette. Wir BÜNDNISGRÜNE werden uns daher auf Bundesebene weiter für ein Verbot von Mikroplastik und schwer abbaubaren Polymeren in Kosmetika einsetzen. Wir unterstützen eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Zudem wollen wir auch in Thüringen die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen und streben eine konsequente Kreislaufführung an. Wir wollen das Monitoring zur Belastung durch Mikroplastik verbessern und die Erforschung ihrer Ursachen und Wege zu ihrer Verminderung fördern. Um das globale Problem auch vor Ort greifbar zu machen, wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, für das Thema zu sensibilisieren. Um die Entwicklung hin zur „Zero-Waste"-Gesellschaft zu beschleunigen, wollen wir außerdem, dass die Gründung von Unternehmen, die neue Wege in der Abfallvermeidung gehen, wie zum Beispiel Unverpacktinitiativen, durch Förderprogramme gezielt unterstützt wird.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen aktiv dagegen antreten, dass zu viele Lebensmittel im Abfall landen, und die Wertschätzung von Lebensmitteln auch als Teil des Ressourcen- und Klimaschutzes voranbringen. Dazu werden wir gemeinsam mit der Lebensmittelproduktion, dem Handel, der Verbraucher*innenberatung und den zivilgesellschaftlichen Initiativen einen Thüringer Maßnahmenplan entwickeln. Initiativen des Foodsharings und die Tafeln werden wir gezielt fördern und uns dafür einsetzen, dass das Retten von Lebensmitteln zur Selbstverständlichkeit für den Lebensmitteleinzelhandel, die Gastronomie, Kantinen und die Verbraucher*innen wird. Explizit setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein „Containern" zu entkriminalisieren. Ähnlich wie in Frankreich fordern wir zusätzlich, dass Lebensmittelgeschäfte ab einer Größe von 400m² dazu verpflichtet sind, eine Partnerschaft mit einer Hilfsorganisation einzugehen, die die unverkauften Lebensmittel abnimmt. Die Nutzung von Leitungswasser wollen wir bewerben und fördern. Kantinen und Gastronomie wollen wir zur Bereitstellung von Leitungswasser ermutigen und dabei unterstützen. Dies soll sowohl die Wertschätzung der Qualität unseres Leitungswassers bei den Bürger*innen erhöhen, als auch Glas- und Plastikmüll und unnötige Transportwege vermeiden.

Klimaschutz

Spätestens die extreme Trockenheit in den vergangenen drei Jahrenhat uns die Folgen der Klimakrise deutlich vor Augen geführt. Das neue Jahrtausend ist zwar erst wenige Jahre alt, aber acht [prüfen!] der zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen wurden im letzten Jahrzehntgemessen. Die globale Erhitzung kann auf absehbare Zeit nicht rückgängig gemacht werden, aber wir können sie sie verlangsamen und ihre Auswirkungenbegrenzen. Es liegt also in unser aller Hand, das Klima aktiv und verbindlich zu schützen. Wir tragen Verantwortung – für uns, für unseren Planeten, für unsere Kinder, Enkel*innen und Urenkel*innen. Diese Verantwortung treibt uns BÜNDNISGRÜNE an. Nach Jahren des politischen Stillstands haben wir mit unserem Eintritt in die Thüringer Landesregierung einen Kurswechsel eingeleitet. Im Dezember 2018 wurde das Thüringer Klimagesetz mit konkreten Klimazielen und Anpassungsstrategien beschlossen. Bis 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen wie CO2, Methan und anderen, um 60 bis 70 Prozent und bis 2050 um bis zu 95 Prozent verringert werden. [[bisherige Formulierung nicht korrekt]] Erstmals gibt es damit Leitplanken für den aktiven Klimaschutz im Freistaat. Mit diesem Gesetz ist Thüringen bundesweit führend und nimmt eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein. Die darin verankerten Zielsetzungen sind jedoch kein ausreichender Beitrag zu globalen Klimaschutzanstrengungen und der Erfüllung des Pariser Vertrags.

[[Umstritten! ggf. anders formulieren, um Anspruch an Einhaltung der Klimaziele gerecht zu werden]]Um dieser Rolle gerecht zu werden und um neue wissenschaftliche Erkenntnisse, unter anderem aus dem IPCC-Report, einzubeziehen, müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Deshalb brauchen wir eine Klimagesetznovelle mit dem Ziel von Treibhausgasneutralität und der bilanziell vollständigen Deckung von Thüringens Energiebedarf mit erneuerbaren Energien bis 2035. Dazu ist eine Nachschärfung des Reduktionsziels für 2030 notwendig. Über Sektorenkopplung soll in allen klimarelevanten Bereichen sichergestellt werden, dass dieses Ziel erreicht wird

Klimaschutzpolitik wirkt dann nachhaltig, wenn allen Beteiligten deren Notwendigkeit bewusst ist und alle mitgenommen werden. Deshalb sind das Klimagesetz und die dazugehörige Anpassungsstrategie in Workshops und Diskussionen mit der Öffentlichkeit entwickelt worden. Diese Form der engen Bürger*innenbeteiligung wollen wir BÜNDNISGRÜNEN bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen weiterführen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und der dafür nötige Ausbau von Stromtrassen soll deshalb stärker mit den betroffenen Kommunen abgestimmt werden. Darüber hinaus sollen Konzepte entwickelt werden, mit denen die Kommunen direkt von den oben genannten und anderen Projekten profitieren, zum Beispiel durch finanzielle Beteiligung der Anlieger*innen.

Mit dem Klimagesetz ist Thüringen einen wichtigen Schritt in Richtung Zukunftssicherung gegangen. Förderprogramme helfen Wirtschaft, Kommunen sowie Bürger*innen. Klimaschutz lohnt sich auch betriebswirtschaftlich. Innovative Techniken der Energiegewinnung, der effiziente Energieeinsatz, die Entwicklung und Anwendung ressourcenarmer Produktionsverfahren, sowie echte Einsparungen (Suffizienz) in der Thüringer Industrie und Wirtschaft können ein klimabewusstes Thüringen in eine wirtschaftliche Vorreiterrolle bringen. Aber es bleibt noch viel zu tun, um auf die Folgen der Klimaveränderung vorbereitet zu sein: Essenziell sind für uns eine Forstwirtschaft mit einer naturnahen klimaresilienten Waldnutzung, die die biologische Vielfalt und die Speicherung klimaschädlicher Gase erhöht, wirksamer Hochwasserschutz und mehr Hitzeschutz beim Städte- und Wohnungsbau zum Beispiel durch verschattende Gebäudegestaltung oder eine Fassaden- und Dachbegrünung. Darüber hinaus wollen wir in klimaschutzrelevanten Bereichen – wie Mobilität und Landwirtschaft – einen grundlegenden Strukturwandel herbeiführen. Wir wollen ökologische Landwirtschaft mit nachhaltiger Landnutzung und einer deutlich reduzierten Tierhaltung, die die Artenvielfalt bewahrt und die Böden schützt und Verkehr, der Mobilität auch ohne klima- und gesundheitsschädliche Emissionen ermöglicht. Wir wollen, dass alle politischen Entscheidungen auch daran bemessen werden, ob sie gut für das Klima sind. Deshalb sollen Klimaneutralität und das Nachhaltigketisprinzi als Staatsziele in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden. [[Achtung: Dopplung, vorne deshalb gestrichen; aktuellen Stand im Landtag beachten]]

Natürlich muss sich Politik an ihren eigenen Zielen messen lassen. Deshalb soll auch die Thüringer Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral arbeiten. In einem ersten Schritt wurden eine Ausgangsbilanz zu den CO2-Gesamtemissionen der Landesverwaltung und ihrer Liegenschaften erstellt und ein Minderungskonzept für den Strom- und Wärmebedarf von Gebäuden, für Beschaffung und Mobilität entwickelt. Der verbleibende Energieverbrauch soll klimaneutral ersetzt werden: So werden alle landeseigenen Gebäude vollständig mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen versorgt. Im Falle wirtschaftlich oder technisch nicht

vermeidbarer Restemissionen werden Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt. [[Streichung umstritten; keine konkrete Forderung und fraglich, ob wissenschaftlich haltbar]]

Weil Klimaschutz nur gemeinsam geht, mit Landkreisen, Städten und Gemeinden, werden wir die Förderung für kommunale Klimaschutzprojekte mit Klima Invest ausbauen. Städte und Gemeinden erhalten mit einer Festbetragsförderung eine umfassende Erstberatung als Einstieg. Darauf aufbauend können konkrete Instrumente wie Klimaschutzkonzepte entstehen. Sie sind die Basis, um weitere Fördermittel für deren praktische Umsetzung zu beantragen. Schwerpunkte bei den Investitionen sind die energetische Modernisierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, beispielsweise die Förderung von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sowie Wärmespeichertechnik, und das Umstellen der Fuhrparks auf klimaneutrale Elektromobilität.

Klimaschutz muss konkret werden. Dabei spielen Ehrenamtliche, Verbände und Vereine eine entscheidene Rolle. Diese wollen wir daher finanziell stärker unterstützen, Ehrenamt im Natur- und Klimaschutz sichtbarer machen und würdigen. Vor Ort sollen Einwohner*innen immer die eine für alle gut nutzbare Möglichkeit haben, ihre Ideen mitzuteilen und aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Die Einrichtung von Bürger*innenräten ist ein Ansatz, Austausch und Beteiligung in jedem Dorf, jeder Stadt und jeder Region Realität werden zu lassen. Die Einrichtung dieser und ähnlicher Formate wollen wir voranbringen.

Bits und Bäume

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebensweise grundlegend. Sie sollte immer einhergehen mit einem Wandel zur ökologischen Nachhaltigkeit: Digitale und ökologische Transformation zusammenzudenken ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit!

Intelligente Lösungen können uns dabei helfen, nachhaltig zu handeln und Ressourcen effizient zu nutzen und zu schonen. Das beginnt bei Green IT-Lösungen und geht über Plattformen für Sharing-Economy-Projekte und smarte Energiespeicherung bis hin zu intelligenten Mess- und Steuerungssystemen.

Wir BÜNDNISGRÜNE werden daher bestehende Förderinstrumente überprüfen und nachjustieren, um Unternehmen im Dialog für ein nachhaltiges und ressourcensparendes Wirtschaften noch besser zu unterstützen. Bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wollen wir den Bereich Digitalisierung stärken. In der Landesverwaltung sollen ein Referat Umweltschutz und Digitalisierung eingerichtet und eine grüne Digitalisierungsstrategie erarbeitet werden. Hierzu werden wir einen Runden Tisch mit Expert*innen aus Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft einberufen. Um die Ziele des Thüringer Klimagesetzes zu erreichen, soll das Thüringer Landesrechenzentrum bis spätestens 2030 klimaneutral arbeiten.

Wir werden uns zudem auch mit dem ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung auseinandersetzen, etwa der letztendlichen Bilanz für den Energie- und Ressourcenverbrauch durch erhöhten Daten-, Technik- und Gerätekonsum sowie die Vernichtung von Effizienzgewinnen durch sogenannte Rebound-Effekte.

Um diese politischen Ziele umzusetzen, müssen wir massiv in Wissenschaft und Forschung investieren und technologische Möglichkeiten ausschöpfen. Es gilt gleichzeitig, die langfristigen Kosten von Produkten und Dienstleistungen mit einzupreisen.

Vor allem Smart-City-Initiativen Thüringer Kommunen müssen deshalb verpflichtet werden, sowohl solche ökologischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, als auch selbstständig digitale Umweltdaten zu erfassen und transparent, in Echtzeit und wo immer möglich als Open Data zugänglich zu machen.

Digitalisierung kann dazu beitragen, das Wissen über klimatische Entwicklungen und den Artenschutz zu vergrößern. Deshalb wollen wir innovative Projekte wie „Flora Incognita“ der Technischen Universität Ilmenau und des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie bei der Weiterentwicklung unterstützen. Mit den Möglichkeiten des digitalen Zeitalters verändern sich auch die Methoden des Lernens. Das Projekt vernetzt Millionen von Bildern mit künstlicher Intelligenz. Die interaktive Pflanzenbestimmung per Smartphone holt Artenkenntnis in den Alltag zurück und stärkt damit das Interesse für Artenvielfalt und Naturschutz.